

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 22.11.2023

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:02 Uhr
Ende:	17:42 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Panse
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
2.1.	Anhörung zur 3. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Straßenreinigungsgebühr in der Landeshauptstadt Erfurt Straßenreinigungsgebührensatzung=StrReiGebEF BE: Vertreter der Fraktion DIE LINKE. hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr	2699/23
3.	Genehmigung der Niederschriften	
3.1.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 19.09.2023	2356/23

3.2.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 18.10.2023	2361/23
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Behandlung von Entscheidungsvorlagen	
5.1.	5. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2023 BE: Leiterin der Stadtkämmerei	2283/23
6.	Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates	
6.1.	3. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Straßenreinigungsgebühr in der Landeshauptstadt Erfurt (Straßenreinigungsgebührensatzung=StrReiGebEF) BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes	1828/23
6.2.	Haushaltssatzung 2024/ 2025 und Haushaltsplan 2024/ 2025 BE: Leiterin der Stadtkämmerei	2436/23
6.3.	6. über-/ außerplanmäßige Mittelbereitstellung nach § 58 Abs. 1 ThürKO im Jahr 2023 BE: Leiterin der Stadtkämmerei	2491/23
6.4.	Aufnahme einer Härtefallregelung in die Straßenreinigungsgebührensatzung BE: Vertreter der Fraktion DIE LINKE. hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr	2558/23
7.	Festlegungen des Ausschusses	
7.1.	Festlegung aus der öffentlichen Sitzung FLRV vom 18.10.2023 zum TOP 3.1 - durchführende Maßnahmen während der vorläufigen Haushaltsführung (Drucksache 2290/23) BE: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung	2326/23

- 8. Informationen
- 8.1. Beschluss des Stadtrates 1715/22 Nachtragshaushalt 2023 - Sachstand zur Umsetzung der Haushaltsbegleitbeschlüsse 04, 05 und 27 Pkt. 2
BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagement **2383/23**
- 8.2. Information zu den Auswirkungen der Steuerschätzung Oktober 2023
BE: Leiterin der Stadtkämmerei **2447/23**
- 8.3. Mündliche Informationen
- 8.4. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Herr Panse, Ausschussvorsitzender, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Nachdem durch Frau Schönemann, Fraktion DIE LINKE. eine Begründung der Dringlichkeit zu der durch ihre Fraktion eingereichte dringliche Drucksache 2699/23 – Anhörung zur 3. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Straßenreinigungsgebühr in der Landeshauptstadt Erfurt Straßenreinigungsgebührensatzung=StrReiGebEF – erfolgte, hielt Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, eine Gegenrede zur Aufnahme auf die Tagesordnung, der u. a. auf die vorliegende Stellungnahme verwies. Anschließend wurde die Aufnahme der Drucksache mit 4 Stimmen dafür und 6 Stimmen dagegen abgestimmt. Da hier die 2/3 Mehrheit nicht gegeben war, wurde die Dringlichkeit abgelehnt. Die Behandlung dieser Drucksache erfolgt somit in der nächsten Sitzung am 20.12.2023.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE., die Drucksachen 1828/23 (TOP 6.1) und 2558/23 (TOP 6.4) gemeinsam zu behandeln, wurde mit 8 Stimmen dafür und 2 Enthaltungen bestätigt.

Weitere Änderungen lagen nicht vor und die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

- 2.1. **Anhörung zur 3. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Straßenreinigungsgebühr in der Landeshauptstadt Erfurt Straßenreinigungsgebührensatzung=StrReiGebEF** **2699/23**
BE: Vertreter der Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen:
Beigeordneter für Bau und Verkehr

Dringlichkeit nicht bestätigt Ja 4 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen 0

3. Genehmigung der Niederschriften

- 3.1. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 19.09.2023 2356/23

genehmigt Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

Beschluss

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben vom 19.09.2023 wird genehmigt.

- 3.2. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 18.10.2023 2361/23

genehmigt Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

Beschluss

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben vom 18.10.2023 wird genehmigt.

4. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

5. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 5.1. 5. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2023 2283/23
BE: Leiterin der Stadtkämmerei

Herr Peter, sachkundiger Bürger, nahm Bezug auf den Punkt 1. Jugendamt und erkundigte sich nach den Steigerungen der Mehrkosten, welche aus den gestiegenen Fallzahlen resultieren. Der Leiter des Jugendamtes, Herr Trier, erklärte, dass die Erhöhung sich daraus begründet, dass die Betreuungsintensität der Fälle ebenfalls gestiegen ist.

Herr Panse, Ausschussvorsitzender, merkte an, in den Haushaltsanhörungen für den Haushalt 2024/2025 detailliert auf diese Kosten einzugehen. Inwieweit die Planung 2024/2025 in etwa so erfolgt wie bisher immer auf der Basis des Vorjahres, wird sich dann zeigen.

beschlossen Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben beschließt die über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellungen nach § 58 Abs. 1 ThürKO gemäß Anlage 1¹.

6. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

6.1. 3. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Straßenreinigungsgebühr in der Landeshauptstadt Erfurt (Straßenreinigungsgebührensatzung=StrReiGebEF) 1828/23 BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes

Dieser TOP wurde gemeinsam mit dem TOP 6.4 (Drucksache 2558/23) zur Behandlung aufgerufen.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erkundigte sich nach dem Hintergrund, die Reinigungsklassen in den unterschiedlichsten Prozentsätzen zu erhöhen. Die Mitarbeiterin des Tiefbau- und Verkehrsamtes, erklärte die Hintergründe der Differenzierung in der Reinigungsklasse SI. Da diese Reinigung jetzt nicht mehr täglich, sondern werktäglich erfolgt, ergab sich eine Reduzierung in den Leistungsumfängen, die automatisch zu einer Kostenreduzierung führten. Die Reinigungsklassen ESIV, ESIII und SIII haben die typische Erhöhung, die aus der Erhöhung der Kosten entstanden ist.

Frau Dr. Glaß, Fraktion DIE LINKE., erklärte den Antrag (Drucksache 2558/23) ihrer Fraktion. Hierzu nahm Herr Panse, Ausschussvorsitzender, Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung, welche besagt, dass die rechtliche Zulässigkeit des Antrages nicht gegeben ist als auch die personellen und sachlichen Ressourcen nicht zur Verfügung stehen und auch die finanziellen Voraussetzungen nicht vorliegen. Diesbezüglich bat er um eine Aussage, wie die rechtliche Unzulässigkeit abgeleitet wird.

Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, erklärte, dass beanstandet werden muss, wenn man der Meinung ist, dass das Thema rechtswidrig ist und wies dabei auf die ausführliche Erklärung in der Stellungnahme zur Drucksache 2558/23 hin. Ebenso gibt es mehrere Punkte die dagegensprechen u. a. das abgaberechtliche Kostendeckungsprinzip, das Prinzip der Wirtschaftlichkeit sowie das Äquivalentprinzip, so Herr Linnert. Ergänzungen hierzu erfolgten durch den Mitarbeiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes, der u. a. auf den § 2 Abs. 2 ThürKAG verwies – die Satzung muss am Ende demjenigen der abgabepflichtig ist, auch die Kosten auferlegen, die mit diesen Leistungen im Zusammenhang stehen.

Frau Schwenkglens, sachkundige Bürgerin, fragte nach der rechtlichen Unzulässigkeit des Antrages der Fraktion DIE LINKE. Hier verwiesen Herr Linnert auf den § 12 ThürKAG i. v. m. §

¹ redaktionelle Anmerkung

Die Anlage liegt der Niederschrift bei.

54 ThürKO und Herr Panse auf die vorliegende Stellungnahme zur Drucksache, die sehr kurzfristig dem Ausschuss vorlag und erklärte gleichzeitig, dass bei einer rechtzeitigen Vorlage dieser Stellungnahme viel Diskussionsbedarf vermeidbar gewesen wäre und bat dies zukünftig zu beachten.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nahm Bezug auf die Drucksache 1828/23 und fragte nach, ob geprüft worden ist, nicht nur die Gebühren, sondern auch die Einnahmeseite zu erhöhen. Herr Linnert erklärte, dass die Einnahmeseite erhöht wird, indem man eine höhere Gebühr verlangt – die Kostenhöhe entsteht durch vielfältige Sachen wie z. B. durch höhere Verschmutzungen, inflationäre Tendenzen, Erhöhung der Tariflöhne etc.

Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, sprach sich für die aus ihrer Sicht sehr moderate Gebührenkalkulation aus, welche ihre Fraktion zustimmen wird und den Antrag der Fraktion DIE LINKE., ablehnen werde.

Im Anschluss rief Herr Panse zunächst die Drucksache 1828/23 zur Abstimmung auf, welche mit 5 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 5 Enthaltungen bestätigt wurde.

Danach rief Herr Panse die Drucksache 2558/23, der Fraktion DIE LINKE., zu Abstimmung auf, welche mit 2 Stimmen dafür, 8 Stimmen dagegen und 1 Enthaltung abgelehnt wurde.

6.2. Haushaltssatzung 2024/ 2025 und Haushaltsplan 2024/ 2025 2436/23
BE: Leiterin der Stadtkämmerei

Herr Panse, Ausschussvorsitzender, verwies darauf, dass die vorliegende Drucksache formal aufgenommen wurde, in dieser Sitzung nicht zur Diskussion steht und vorerst nur zur Kenntnis genommen wird.

Auf die Nachfrage von Frau Schönemann, Fraktion DIE LINKE., inwieweit die Novembersteuerschätzung 2023 in der Haushaltsplanung 2024/2025 berücksichtigt wurde, nahm Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft, und Digitalisierung, Stellung. Eine Berücksichtigung der Novembersteuerschätzung 2023 erfolgte nicht, da diese zum Zeitpunkt der Aufstellung und der internen Beschlussfassung noch nicht vorgelegen hat, so Herr Linnert.

Anschließend ging Herr Linnert kurz auf die Novembersteuerschätzung 2023 ein.

kein Votum

- 6.3. 6. über-/ außerplanmäßige Mittelbereitstellung nach § 58 Abs. 1 ThürKO im Jahr 2023 2491/23
BE: Leiterin der Stadtkämmerei

bestätigt Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- 6.4. Aufnahme einer Härtefallregelung in die Straßenreini- 2558/23
gungsgebührensatzung
BE: Vertreter der Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen:
Beigeordneter für Bau und Verkehr

siehe TOP 6.1

abgelehnt Ja 2 Nein 8 Enthaltung 1 Befangen 0

7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung FLRV vom 18.10.2023 zum TOP 3.1 - durchführende Maßnahmen während der vorläufigen Haushaltsführung (Drucksache 2290/23) 2326/23
BE: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung

Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, informierte darüber, dass eine detaillierte Drucksache erarbeitet wurde, welche noch durch die Dienstberatung des Oberbürgermeisters abgestimmt werden muss. In der nächsten Sitzung am 20.12.2023 wird dann die Anweisung zur vorläufigen Haushaltsführung vorliegen, die darauf basiert, wie es jetzt mit der vorliegenden Stellungnahme zur Festlegung dargelegt wurde.

Herr Panse, Ausschussvorsitzender, bedankte sich für die Information und bat, dass die entsprechende Drucksache den Mitgliedern zeitnah zur Verfügung gestellt wird und nicht erst am Tag der nächsten Sitzung am 20.12.2023.

Frau Wahl, Fraktion BÜDNNIS 90/DIE GRÜNEN, erkundigte sich, ob die Sicherheit der institutionellen Förderung berücksichtigt wurde. Herr Linnert erklärte, dass dies berücksichtigt wurde. Alle Maßnahmen die mit Neuaufträgen zu tun haben, sind grundsätzlich nicht möglich.

Herr Präger, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, bat um eine Einschätzung der vorläufigen Haushaltsführung. Hierzu verwies Herr Panse auf die vorliegende Stellungnahme, die u. a.

besagt, dass angesichts der Ausgangslage für das Haushaltsjahr 2024 davon auszugehen ist, dass sich die Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2024 an den Festlegungen für das Haushaltsjahr 2022 (Drucksache 2413/21) orientieren werden. Die Finanzierung rechtlich verpflichtender Ausgaben oder unaufschiebbarer Aufgaben ist auf jeden Fall sichergestellt.

zur Kenntnis genommen

8. Informationen

- 8.1. Beschluss des Stadtrates 1715/22 Nachtragshaushalt 2023 - Sachstand zur Umsetzung der Haushaltsbegleitbeschlüsse 04, 05 und 27 Pkt. 2 2383/23**
BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagement

zur Kenntnis genommen

- 8.2. Information zu den Auswirkungen der Steuerschätzung Oktober 2023 2447/23**
BE: Leiterin der Stadtkämmerei

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erkundigte sich, um was es sich bei der einmaligen Zahlung an Gewerbesteuererträgen handelt und wie hoch diese sind. Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, erklärte, dass er auf Grund der der öffentlichen Sitzung dazu keine Aussage treffen kann und bat dies über ihre Fraktionsgeschäftsstelle zu recherchieren.

zur Kenntnis genommen

8.3. Mündliche Informationen

Mündliche Informationen lagen nicht vor.

8.4. Sonstige Informationen

Sonstige Informationen gab es keine.

gez. Panse
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in